

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 47. Ratssitzung vom 8. April 2015

859. 2015/43 Postulat von Petek Altinay (SP) und Christina Hug (Grüne) vom 04.02.2015: Versand der easyvote Abstimmungshilfe an die jungen Stimmberechtigten

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Petek Altinay (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 705/2015): Das Projekt easyvote hat zum Ziel, mehr junge Menschen zur politischen Beteiligung zu animieren. Vor Abstimmungen und Wahlen befassen sich über 120 Jugendliche in der ganzen Schweiz damit, die Vorlagen und das Wahlvorgehen kurz, einfach verständlich und politisch neutral zu erklären. Die Jugendlichen erstellen die easyvote-Abstimmungshilfe ehrenamtlich für den Dachverband Schweizer Jugendparlamente. Durch easyvote wird Politik dem jungen Stimmvolk ein wenig interessanter, weil in der Sprache der Jugendlichen, vermittelt. Eine vereinfachte Form der Informationen ist wichtig, weil über 50 % der Jugendlichen der Meinung sind, dass die politische Sprache zu komplex ist. Eine Studie hat gezeigt, dass sich Jugendliche bei wichtigen Themen wie Politik viel mehr über Printlektüre als Online-Artikel informieren. Mit dem Versenden einer easyvote-Abstimmungshilfe an alle 18- bis 25-Jährigen tragen wir dazu bei, dass langfristig die politische Beteiligung der Jugendlichen gefördert wird.

Martin Götzl (SVP) begründet den von Roland Scheck (SVP) namens der SVP-Fraktion am 4. März 2015 gestellten Ablehnungsantrag: easyvote ist gut gemeint, aber bei behördlicher Beteiligung eine nicht ganz unproblematische Parallelinformation. Die Vorschriften über die politischen Rechte stellen an die offiziellen Abstimmungsunterlagen klare Anforderungen und legen auch ein demokratisch abgestütztes Verfahren zu deren Erlass fest, einschliesslich Behördenverfahren. Selbst wenn die easyvote-Informationen durchaus gut gemacht sind, erfüllen sie die materiellen und formellen rechtsstaatlichen Anforderungen nicht. Wenn man die Jungen mit solchen Unterlagen unterstützt, müsste man aufgrund der Gleichberechtigung auch eine finanzielle Beteiligung für andere Zielgruppen, wie Seniorinnen und Senioren oder Neueingebürgerte, in Erwägung ziehen. Die Stadt hat die Pflicht, die Abstimmungserläuterungen für alle Stimmberechtigten unabhängig von Alter, Herkunft oder Geschlecht objektiv und sachlich aufzuarbeiten. Die amtlichen Abstimmungserläuterungen erfüllen die Vorgaben. In Bern wird für das Projekt easyvote 5 Franken pro Person bei einer Gesamtzahl von 200 000 betroffenen Jugendlichen aufgewendet. Viele Gemeinden im Kanton Bern verzichten aufgrund der aktuellen Finanzlage deshalb auf easyvote.

Weitere Wortmeldungen:

Michael Schmid (FDP): Auch die FDP lehnt das Postulat ab. Interesse für Politik zu

erwecken, ist die ureigenste Aufgabe der einzelnen Parteien. Diese Herausforderung nehmen wir an. Die staatliche Information über Wahlen und Abstimmungen muss sich, in einer verständlichen Sprache, an alle Bürgerinnen und Bürger wenden. Man kann nicht einzelne Zielgruppen speziell berücksichtigen sowie zusätzliche Informationskanäle als städtische Aufgabe sehen und mit städtischen Geldern unterstützen.

Roger Liebi (SVP): Parteien haben die Aufgabe, alle Bürgerinnen und Bürger anzusprechen und für den Urnengang zu mobilisieren. easyvote will nicht alle Jugendlichen ansprechen, sondern die, die bereits wählen oder mehrfach schon gewählt haben. Es würde mich speziell interessieren, wie eine Jugendinstitution wissen kann, wer schon mehrfach gewählt hat. Das wirft kein gutes Licht auf den Datenschutz.

Karin Weyermann (CVP): Die Abstimmungshilfe easyvote animiert nicht nur diejenigen Wähler, die schon einmal gewählt haben, sondern auch Neuwähler. Die Abstimmungshilfe formuliert die Vorlagen wirklich so, dass man sie versteht. Die CVP befürwortet deshalb das Postulat.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Ein Teil unserer Fraktion glaubt, dass easyvote als Mittel funktioniert, um die jungen Wähler zu mobilisieren. Der andere Teil hat Vertrauen in die intellektuellen Kapazitäten der Jugendlichen und denkt, dass diese auch ohne erleichterte Abstimmungsvorlagen an die Urne gehen. Wir haben deshalb eine Stimmfreigabe beschlossen.

Christina Hug (Grüne): Demokratie lebt davon, dass möglichst viele Menschen und alle gesellschaftlichen Gruppen in den politischen Prozess miteinbezogen werden. Aus demokratischer Sicht ist es deshalb problematisch, wenn sich die jungen Erwachsenen unterdurchschnittlich an Wahlen und Abstimmungen beteiligen. Es muss uns allen ein Anliegen sein, an diesem Umstand etwas zu ändern. easyvote ist ein vielversprechender und in vielen Gemeinden erprobter und erfolgreicher Ansatz, um diese Problematik anzugehen. Wenn ein junger Mensch aufgrund eines Parteiflyers abstimmt, ist das gut. Aber die easyvote-Abstimmungshilfe erfüllt eine andere Funktion, indem sie politisch neutral ist.

Petek Altinay (SP): Dass sich easyvote nur an die Zielgruppe der 18- bis 25-Jährigen richtet, rührt daher, dass dort die Beteiligung extrem tief ist. Bei den letzten Wahlen in der Stadt waren es gerade einmal 25 %.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Der Stadtrat ist bereit, das Postulat zur Prüfung entgegen zu nehmen. Die Beteiligung von jungen Menschen an der Politik ist uns ein Anliegen. Sie zu begeistern, zu interessieren und ihnen zu vermitteln, dass Politik etwas sehr Wichtiges ist. Wir bedauern, dass die Wahlbeteiligung in dieser Zielgruppe so tief ist. Im Kanton Zürich verwenden bereits über zwanzig Gemeinden easyvote. Es gibt jedoch

3 / 3

auch einige kritische Punkte am Projekt. Die easyvote-Unterlagen können nicht gemeinsam mit den amtlichen Abstimmungsunterlagen verschickt werden und auch nicht in einem amtlichen Umschlag. Es ist also ein separater Versand nötig, was zu zusätzlichen Kosten führt. Bei einer Annahme von rund vier Urnengängen jährlich, sind dies rund 120 000 Franken. Wenn das Postulat überwiesen wird, werden wir jedoch alle diese Punkte vertieft prüfen.

Das Postulat wird mit 64 gegen 53 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat